

Waffenrecht bleibt löchrig: Regierung verspricht mehr Sicherheit!

Die österreichische Regierung plant trotz eines Amoklaufs eine nur begrenzte Verschärfung des Waffenrechts. Neuerungen sind u.a. ein erhöhtes Mindestalter und strengere psychologische Tests.



Nachrichten AG

Graz, Österreich - Die österreichische Regierung hat nach dem tragischen Amoklauf an einem Gymnasium in Graz, bei dem ein 21-jähriger Täter neun Jugendliche und eine Lehrerin erschoss, eine Neuordnung des Waffenrechts angekündigt. Das Ereignis, das sich am 14. Juni 2025 ereignete, brachte eine erneute Debatte über den Umgang mit Waffen in Österreich ins Rollen. Der Täter hatte beide verwendeten Waffen legal erworben, nachdem er einen psychologischen Test bestanden hatte, obwohl er zuvor bei der Musterung zum Bundesheer aufgrund psychischer Instabilität als untauglich eingestuft worden war, wie **Tagesschau** berichtet.

Obwohl die Dreier-Koalition eine Verschärfung des Waffenrechts angekündigt hat, bleibt das neue Regelwerk durch zahlreiche Schlupflöcher und Einschränkungen geprägt. So wird der Waffenerwerb für Privatpersonen nur geringfügig komplizierter. Laut **oe24** können Waffenhändler bereits einen Anstieg der Nachfrage nach Gewehren, Pistolen und Revolvern verzeichnen, was die Unsicherheit und Sorgen der Bevölkerung über Waffenmissbrauch widerspiegelt.

Änderungen im Waffenrecht

Die wichtigsten Änderungen umfassen die Erhöhung des Mindestalters für den Erwerb besonders gefährlicher Schusswaffen von 21 auf 25 Jahre. Diese Regelung betrifft insbesondere die Kategorien B und C, zu denen Pistolen, Revolver und Langwaffen gehören. Für jüngere Personen wird jedoch eine neue „Waffenkarte“ eingeführt, die es ihnen ermöglicht, an Schrotflinten zu gelangen. Außerdem sollen die psychologischen Tests verschärft werden, allerdings gibt es keine Regelung für ein Waffenverbot bei Durchfallen eines Tests.

Ein weiteres zentrales Element der neuen Regelung ist die Verpflichtung, dass Schusswaffen nur nach einer vierwöchigen Abkühlphase und durch lizenzierte Händler abgegeben werden dürfen. Trotz dieser Änderungen bleibt der Zugang zu gefährlichen Langwaffen weitestgehend unreguliert. Zudem plant die Regierung eine Ausweitung von Waffenverboten, insbesondere für Personen in Zusammenhang mit häuslicher Gewalt oder schweren gerichtlichen Vorstrafen, jedoch gibt es hier keine garantierte Umsetzung.

Reaktionen der Politik

Die Diskussion über die Waffengesetze hat auch eine politische Debatte ausgelöst. Innenminister Gerhard Karner äußerte die Notwendigkeit von Veränderungen im Datenschutz und fordert einen verbesserten Datenaustausch zwischen den Behörden. Die SPÖ spricht sich für weitergehende Verschärfungen aus, die

unter anderem Zugangsbeschränkungen zu Waffen für bestimmte Personengruppen sowie strengere Vorschriften für den Umgang mit sozialen Medien für Jugendliche umfassen. SPÖ-Sicherheitssprecher Max Köllner hat Bedenken hinsichtlich der bestehenden Waffengesetze geäußert.

Das Vertrauen in den verantwortungsvollen Umgang von Jägern mit Waffen bleibt ungebrochen; Kanzler Christian Stocker machte klar, dass keine zusätzlichen Regelungen für diese Gruppe geplant sind, trotz der erschütternden Vorfälle in der Vergangenheit. Die aktuellen Entwicklungen und das Verhalten der Behörden nach dem Amoklauf in Graz werfen Fragen über die Wirksamkeit der neuen Maßnahmen auf und zeigen auf, dass die Diskussion um das Waffengesetz in Österreich noch lange nicht abgeschlossen ist. Weitere Informationen dazu bietet

Spiegel.

Details	
Vorfall	Amoklauf
Ursache	Suizid
Ort	Graz, Österreich
Verletzte	10
Quellen	• www.oe24.at • www.tagesschau.de • www.spiegel.de

Besuchen Sie uns auf: die-nachrichten.at